



Nr. 400. Mittag-Ausgabe.

Zweiundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Montag, den 29. August 1881.

Der 22. allgemeine Vereinstag der deutschen Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften.

III.

△ Kassel, 26. August.

Die Tagesordnung des zweiten Theiles der heutigen ersten Hauptversammlung betraf zunächst die besonderen Angelegenheiten der Vorschüssevereine.

I. Ein Antrag des Verbandes der Creditgenossenschaften der Preußischen Lausitz, wonach die Anwaltschaft ersucht werden sollte, geeignete Maßnahmen in Anregung zu bringen, damit die Vereinsvorstände nicht aus Fehlern beglaubigter Abschriften in den Protestregistern der Notare wegen angeblich nicht verwandter oder nicht richtig kassierter Wechselskempelmarken zur Bestrafung gezogen werden könnten, wurde von Lehmann-Nies aus Cottbus unter Erzählung eines Specialfalles motwirt, aber durch Annahme eines von Drehls-Cassel gestellten Antrags auf Übergang zur Tagesordnung besetzt, da es allerdings nicht Sache des Vereinstags sein kann, so allgemeine Aufforderungen an den Anwalt zu stellen, ohne selbst Vorschläge zu machen.

II. Ein Antrag der Darmstädter Volksbank, Eingetragene Genossenschaft, geht dahin, daß den Genossenschaften nicht zu empfehlen sei, bei der alljährlich stattfindenden Neuwahl der Verwaltungsräte die Wiederwahl sämtlicher Aufsichtsratsmitglieder zuzulassen, vielmehr es in ihrem Interesse steige, den Aufsichtsrath dergestalt jährlich teilweise zu ergänzen, daß stets eine Anzahl älterer Mitglieder für die nächste Periode, als nicht wählbar auszuschließen habe.

Dieser, vom Verbandsdirektor Bernhard-Darmstadt begründete Vorschlag fand lebhafte Widerspruch und wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Dr. Herz-Mannheim und Schenk-Wiesbaden hatten ausgeführt, daß der statutarische Zwang, bewährte Kräfte aus dem Verwaltungsrath herauszuwerfen, verwerflich, überdies das Gegenheil auf dem Allgem. Vereinstag in Konstanz beschlossen worden sei.

III. Längere Zeit nahm ein Antrag des Anwalts Dr. Schulze-Deltzsch in Anspruch.

Der vorjährige Vereinstag in Altona hatte ihn beauftragt, nach Vorarbeiten des Verbandsdirektors Schenk-Wiesbaden und der Gewerbebank Gotha eine Musterinstruction für Vorstände von Creditgenossenschaften auszuarbeiten. Gegenwärtig legte er aber, da bei der Verschiedenheit im Umfang und der Art der Geschäftsführung der Creditgenossenschaften ein allgemeines Muster unüblich erscheine, einen wesentlich den Vorschlägen Schenks entsprechenden Entwurf vor, der den Bedürfnissen der weniger bankmäßig entwickelten Vereine angepaßt war und beantragte die Zustimmung des allgemeinen Vereinstages. In der Discussion wurden von Klinfurt-Breslau und Matthies-Stralsund einzelne Ausstellungen erhoben, z. B. monirt, daß nach dem Entwurfe es zweifelhaft sei, ob der Vorstand dem Aufsichtsrath auch die abgelehnten Creditbewilligungsanträge vorzulegen habe, daß ferner der Kassirer und nicht der Controleur die nicht zur Kasse gehörigen Bücher führen solle.

Auch Hopf-Insterburg schloß sich diesen Bedenken an und formulierte dieselben zu einem Abänderungs-Antrage, während Schenk-Wiesbaden den Entwurf verteidigte. Die Discussion wurde indessen frühzeitig geschlossen, die Mehrheit lehnte die Entscheidung ab, indem sie einen Antrag des Herrn Heine-Landsberg a. W. annahm, wonach der Entwurf im Allgemeinen den Genossenschaften zur Kenntnisnahme mitgetheilt werden soll.

Von den Anträgen, betreffend die gemeinsamen Angelegenheiten der Genossenschaften, kam heute nur einer, nämlich der des Schlesischen Unterverbandes, betreffend die Anstellung ständiger Verbandsrevisoren zur Erledigung. Schon seit einigen Jahren hat Schulze-Deltzsch, in der Erkenntniß, daß der Zusammenbruch mancher Genossenschaft gehindert und dadurch von den Mitgliedern schweres Unglück abgewendet wäre, wenn rechtzeitig eine Revision durch sachverständige Nichtmitglieder stattgefunden hätte, die Einführung derartiger periodischer Revisionen angebahnt. Die Frage hat deshalb in den letzten Jahren die Verbandstage der Unterverbände von Credit-Genossenschaften regelmäßig beschäftigt. Der Verband der Schlesischen Genossenschaft hat auf Antrag seines Directors Morgenstern-Breslau beschlossen, versuchsweise einen ständigen Verbandsrevisor als Beamten des Verbandes anzustellen.

Nach den auf dem diesjährigen Unterverbandstage zu Breslau angenommenen Bestimmungen sollte der Revisor verpflichtet sein, die Geschäftsführung sämtlicher Vereine regelmäßig dahin zu prüfen, ob die Rathschläge des Anwaltes, der allgemeinen Vereinstage und der Unterverbandstage in Betreff der Geschäftsführung, der Aufstellung der Bilanz u. s. w. berücksichtigt sind, er sollte sodann über jede Revision ein Protokoll aufnehmen und in einer zu diesem Zwecke zu berufenden vereinigten Sitzung des Vorstandes und Aufsichtsrates vortragen und erläutern, auch dem Verbandsdirektor eine Abschrift des Protokolls zu stellen. Zur Aufbringung der Kosten (Gehalt, Reisekosten und Diäten) sollte jeder Verein noch einen besonderen, nach Höhe der Bruttoentnahme an Zinsen und Provisionen zu bemessenden Beitrag jährlich entrichten. Leider hat sich bisher kaum die Hälfte der zum schlesischen Unterverband gehörenden Vereine, diesen Beitrag zu zahlen verpflichtet und die Ausführung des mit größter Sorgfalt und Umsicht aufgestellten Planes scheint vorläufig noch des Kostenpunktes halber aufgeschoben werden zu müssen.

Der Antrag des schlesischen Unterverbandes verlangt nun einen Beschluß des allgemeinen Vereinstages dahin: In Erwägung

- a. daß die Anstellung ständiger Verbandsrevisoren — allmälig allgemein durchgeführt — eine wünschenswerte Vervollständigung und organische Weiterentwicklung der Verbands-Einrichtungen darstellt und zugleich geeignet ist, gesetzgeberischen Versuchen, die Genossenschaften der Controle staatlicher oder communaler Behörden zu unterstellen, entgegen zu wirken;
- b. daß es daher den allgemeinen genossenschaftlichen Interessen entspricht, derartige Anstellungen nach Kräften zu fördern;
- c. daß als das geeignete Mittel hierzu neben der fortdauernden Aufklärung und Belehrung über den Nutzen der Verbands-Revisoren eine widerruflich zu gewährende finanzielle Beihilfe in solchen Fällen erscheint, wo die Begründung neuer Revisorstellen für den Anfang finanziellen Schwierigkeiten begegnet;

ermächtigt der Allgemeine Vereinstag den Herrn Anwalt, einen Theil der laufenden Jahres-Einnahme des Allgemeinen Verbandes bis zum Höchstbetrage von 10 p.Ct. derselben nach eigenem Ermessens in dazu geeigneten Fällen widerruflich als Beihilfe zur Besoldung neu anzustellender ständiger Verbands-Revisoren zu verwenden.

Der Verbandsdirektor Morgenstern begründete klar und sachlich den Antrag in trefflicher Ausführung. Er wies das Bedürfnis ständiger Revisoren aus der gesamten Organisation nach, sowie daß eine sachgemäße normale Kontrolle der Geschäftsführung der Vereine nur aus der Initiative derselben, nicht etwa durch Regierungsmäßigkeiten herzustellen sei. Gerade um allen Versuchen staatlicher Einnahme von vornherein vorzubeugen, müsse man mit positiven Maßnahmen einen Anfang machen und deshalb durch eine zeitweilige Beihilfe aus der allgemeinen Kasse die Schwierigkeit des Kostenpunktes überwinden.

In der lebhaften Discussion wurde von allen Rednern ohne Ausnahme den ersten beiden Erwähnungsgründen des Antrages zugestimmt. Nur darüber, ob und in wie weit eine Beihilfe der Centralkasse angemessen sei, herrschte Meinungsverschiedenheit. Der Anwalt Dr. Schulze-Deltzsch, der Bedürfnis und Zweckmäßigkeit der neuen Institution voll und ganz anerkannte und für dieselbe auch auf die feindlichen Befreibungen der conservativen Parteien hinwies, fand in Betreff des Zuschusses es unbedenklich, den Unter-Verbänden von ihren eigenen Beiträgen zur Centralkasse eine Quote (10 p.Ct.) zum beabsichtigten Zweck zurückzuerstatte. Den schlesischen Antrag vertraten mit großer Wärme ferner Klinfurt-Breslau und Schippe-Meiningen. Dieser will auch den zum allgemeinen Verband gehörenden Genossenschaften durch das organische Statut die Verpflichtung auferlegen, sich revidieren zu lassen. Gegen einen Beitrag aus der allgemeinen Kasse erklärten sich zur Zeit namentlich die Verbandsdirektoren Schenk-Wiesbaden, Dr. Knecht-Neustadt a. H. (pfälzischer Verband) und Mayer-München (Verband süddeutscher Consumvereine). Leider wurde von der Mehrheit (entschieden verfrüht) ein Schluszantrag angenommen. Ein Antrag Mayer-München, wonach aus den Erwähnungsgründen u. A. des schlesischen Antrags die Folgerung gezogen wird, den Unterverbänden die Anstellung von Verbandsrevisoren zu empfehlen, kam zuerst zur Abstimmung. Das Resultat war zweifelhaft, die Zählung ergab Annahme des Antrages mit 70 gegen 57 Stimmen. Dieses Schlussergebnis ward vielfach lebhaft bedauert. Bei Fortsetzung der Discussion hätte man sich vermutlich mit sehr großer Mehrheit auf einen der Meinung des Anwalts entsprechenden vermittelnden Vorschlag geeinigt, wonach den Unterverbänden, welche ständige Revisoren anstellen, eine Quote ihres Jahresbeitrags zurückzugeben ist. Hoffentlich werden zunächst die schlesischen Vereine sämlich dem Plane ihres Verbands-Directors beistimmen und dadurch die schleunige Verwirklichung derselben ermöglichen. Andere große Verbände, wie der thüringische und westfälische werden dann gewiß bald nachfolgen.

IV.

△ Kassel, 27. August.

In der heutigen zweiten Hauptversammlung des Vereinstages beschäftigte man sich mit den Gesetzentwürfen zur Revision des Genossenschaftsgesetzes. Schulze-Deltzsch hatte bekanntlich in der vorigen Reichstagssession erst, nachdem von Seiten der den Genossenschaften abholden deutschconservativen Fraction die beiden Anträge der Abgeordneten Freiherrn von Mirbach und Uckermann eingereicht waren, seine schon früher von allgemeinen Vereinstagen gebilligte Novelle mit den auf die Erfahrungen der letzten Jahre gestützten Verbesserungen eingebracht. Der vorjährige Altonaer Vereinstag hatte es abgelehnt, den gegebenenfalls Versuchen jener Gegner gegenüber ausdrücklich Concessione auszusprechen. Dahingegen dem Anwalte auch in dieser Beziehung ein volles Vertrauenstvolum entheilt.

Diesmal hatte nun Dr. Schulze-Deltzsch seine Novelle wieder vorgelegt und die Zustimmung des Vereinstages und zugleich die Ermöglichung gefordert, den von anderer Seite zur Revision des Genossenschaftsgesetzes eingebrachten oder noch einzubringenden Anträgen gegenüber die dem Wesen und Aufgaben der Genossenschaften entsprechenden Grundsätze zur Gelung zu bringen, wie dies bereits in Betreff der Anträge von Mirbach und Uckermann auf dem Reichstag geschehen sei. Der Vereinstag sprach einstimmig diese Ermöglichung und auf Grund einer mehrstündigigen Debatte der einzelnen Paragraphen der Novelle jene Zustimmung zu derselben aus, letztere selbsterklärendlich mit den in der Discussion angenommenen Anträgen.

Von diesen sind folgende hervorzuheben:

1) Ein Antrag des Verbandsdirektors der landwirtschaftlichen Genossenschaften der Provinzen Ost- und Westpreußen, Stöckel-Insterburg, den im § 1 des Genossenschaftsgesetzes beispielweise aufgeführten Genossenschaftarten zur Vermeidung von Missverständnissen auch die hauptsächlichen Arten landwirtschaftlicher, Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften beizufügen, als: „Vereine zum gemeinschaftlichen Einkauf von Lebens- und Wirtschaftsbedürfnissen im Großen und Ablauf in kleineren Partien (Consumvereine)“ und „Genossenschaften zum gemeinschaftlichen Betriebe einzelner Zweige des landwirtschaftlichen Gewerbes“ wurde nach Zustimmung des Anwaltes ohne Widerspruch angenommen.

2) Der Bayerische Genossenschaftsverband hatte im Interesse der älteren Vereine, namentlich Productivgenossenschaften, sich durch einen Antrag gegen die in der Novelle aufgestellte Forderung einer Mindestzahl von zehn Mitgliedern ausgesprochen. Pröbst-München, der den Antrag begründete, modifizierte denselben, auf die durch den Anwalt erfolgte Darlegung der gerade bei kleinen Productivgenossenschaften gemachten Erfahrungen dahin, daß zu Gunsten der bestehenden älteren Genossenschaften mit geringerer Mitgliederzahl Übergangsbestimmungen zugelassen würden; dies wurde genehmigt.

3) Auf Anträge von Hopf-Insterburg und Schenk-Wiesbaden wurde einstimmig beschlossen, den Anwalt zu ersuchen, für mögliche Beseitigung der ganz überflüssigen Strafandrohung gegen die Vorstandsmitglieder im zweiten Absatz des § 27 des Genossenschaftsgesetzes zu wirken.

4) Zu § 69 des Genossenschaftsgesetzes wünscht Pröbst-München, gestützt auf gemachte Erfahrungen, daß ausdrücklich ausgesprochen werde, daß auch alle Vor- und Zwischenverhandlungen der Gerichte, welche kostenfreie Eintragungen in das Genossenschaftsregister verfügen

oder zurückweisen, kosten- oder stempelfrei seien. Dies ist übrigens nach richtiger Auslegung des Gesetzes schon jetzt der Fall.

5) Ein Antrag von Schenk-Wiesbaden, Hopf-Insterburg, Gebhardi-Zweibrücken und Genossen wollte den Anwalt auffordern, auch auf Beseitigung des § 35 des Genossenschaftsgesetzes, der die Auflösung der Genossenschaft durch gerichtliches Urteil dann verlangt, wenn sie sich gesetzwidriger, das Gemeinwohl gefährdender Handlungen oder Unterlassungen schuldig macht oder wenn sie andere als die im Gesetz bezeichneten geschäftlichen Zwecke verfolgt.

Dieser Antrag wurde auf Einspruch des Anwaltes dahin modifiziert, daß — wie Parisius-Berlin hervorhob, entsprechend dem früheren bayerischen Genossenschaftsgesetz — die Auflösung nur in dem zweiten Falle zulässig sein soll.

Nach Beendigung dieser Beratung mahnte Dr. Schulze-Deltzsch die Genossenschaften, denen es ja an Anschuldigungen von verlogenen Dingen sicher nicht fehlen würde, vorsichtig und überall streng loyal vorzugehen und eingedient zu bleiben, daß sie berufen seien, die wirtschaftliche Bilanz in unserem Staatsleben aufrecht zu erhalten.

Den drei Vertretern der landwirtschaftlichen Verbände von Hessen und Baden Dr. Weidenhammer und Haas aus Darmstadt und Märklin-Carlsruhe war gestattet worden, sich an der Discussion zu beteiligen. Sie hatten zwar davon keinen Gebrauch gemacht, Haas erklärte aber zum Schluss dieser Discussion sein und seiner Freunde Einverständnis zu den Abänderungen; ihre Genossenschaften ständen ganz auf dem gleichen Boden wie die Genossenschaften des allgemeinen Verbandes; auch sie hielten fest an den Grundsätzen der Selbsthilfe und perhorrescirent Staatshilfe und Staats-Aufsicht!

V.

△ Kassel, 27. August.

Nach einer Pause wurden die Verhandlungen über die gemeinsamen Angelegenheiten aller Genossenschaften fortgesetzt.

I. Auf Bericht des Verbands-Directors Oppermann-Magdeburg wurde für die Verbandsrechnung Decharge ertheilt und der Etat für das folgende Jahr genehmigt.

II. Wegen Nichtzahlung der Verbandsbeiträge während 3 Jahren wurden ausgeschlossen die Vorschüß-Vereine Bochum, Bünde, Bublitz, Freistadt i. Schl., Erbach und Straußberg, sowie die Consum-Vereine Wittenberge, Tettau und Sagan.

III. Zum nächsten allgemeinen Verbandstage lagen Einladungen vor von Kolberg (unterstützt durch einen Beschluß des pommerschen Verbandes) für den Fall, daß man in Norddeutschland tage, und von Darmstadt. Da nach dem üblichen Turnus der nächste Vereinstag in Süddeutschland stattzufinden hat, wird einstimmig beschlossen, die Einladung nach Darmstadt anzunehmen.

Hierauf kamen Anträge, betreffend die besonderen Angelegenheiten der Consumvereine, zur Verhandlung.

I. Der Verband der schlesischen Consum-Vereine hat in einem Antrage eine oft erörterte, aber vielfach streitig gebliebene Frage behandelt, die Frage, wie mit der Vergütung zu verfahren sei, die den Lagerhaltern, den Verkäufern der Consumvereine für Schwinden und Eintrocknen der Ware u. s. w. gewährt werden muß. Der vom Director Sachs-Breslau vertheidigte Antrag lautet folgendermaßen:

„Den Lagerhaltern ist auf Einwiegen, Schwinden u. c. ein mäßiger Procentsatz zu gewähren. Nachgewiesene Inventur-Überschüsse, bis zur Höhe des gewährten Mancosatzes, sind den Lagerhaltern zu belassen und können von denselben erhoben werden, wenn auch die nächstfolgende Inventur einen mindestens gleich hohen Überschuss ergibt, dagegen bleiben über den Mancosatz hinausgehende Überschüsse Eigentum des Vereins. Inventur-Mancos sind von den Lagerhaltern sofort und ohne Einrede zu ersezten.“

In einer eingehenden Discussion stellte sich heraus, daß bisher in der Weise dieses Antrags, außer dem großen Consumverein zu Breslau, der jetzt 38 Lager (1880 bei 3,801,041 M. Verkaufs-Erlös und 19,557 Mitgliedern) besteht, nur wenige Vereine verfahren. Von den anwesenden Vertretern wenigstens versicherten ein solches nur der Director des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Consumvereine Handelskammerpräsident Nölle-Lüdenscheid, in Betreff des von ihm schon seit 1864 geleiteten Vereins (Verkaufs-Erlös von 1880 165,478 Mark bei 431 Mitgliedern) und der Verbandsdirektor der Brandenburgischen Consumvereine Behrend-Berlin wegen des ebenfalls bereits seit 1865 bestehenden Berliner Vereins „Vorsicht.“ (Verkaufserlös 1880: 259,213 Mark bei 1110 Mitgliedern.) Für den Antrag sprachen sich aber außer den beiden genannten Männern Kringel-Breslau, der Leiter des großen Consumvereins Neustadt-Magdeburg, Director Schulze (Verkaufserlös 1880: 1,028,499 M. bei 9 Vereinslagern und 2544 Mitgliedern) und der Director des Thüringer Verbandes Lichten-Weimar aus. Eine andere Meinung vertraten Balz-Stuttgart, Dietrich-Nüdersdorf, die Verbandsdirektoren Mayer-München und Schreiber-Görlitz. Der Anwalt Schulze-Deltzsch erklärte, hier liege eine reine Zweckmäßigkeitfrage technischer Natur vor, deren Beantwortung besser den besonderen Vorversammlungen der Consumvereine hätte überlassen werden sollen. Schließlich wurde auf Antrag von Mayer-München über diese Angelegenheit mit Rücksicht auf einen entgegenstehenden Beschluß des Consumvereinstages zu Magdeburg von 1869 zur Tagesordnung übergegangen.

II. Durch einen Antrag des Verbandes der Consumvereine der Provinz Brandenburg soll den Consumvereinen empfohlen werden, „den Lagerhaltern:“

- 1) festes Gehalt, welches mit den etwaigen Nebenbezügen (Wohnung und dergl.) ihnen den Lebensunterhalt in beschiedener aber auskömmlicher Weise sichert,
- 2) daneben eine mäßige Tantième vom Verkaufserlös zu gewähren, die in der Regel die Höhe des festen Gehaltes nicht übersteigt.“

Auch über diese Frage stellte sich große Meinungsverschiedenheit heraus. Der Antrag wurde von Behrend-Berlin und Dietrich-Nüdersdorf, sowie auch vom Anwalt Schulze-Deltzsch lebhaft vertheidigt. Letzterer sprach sich nur gegen die letzten Worte derselben aus, wonach mit Rücksicht auf die vom Lagerhalter bei großem Annachsen des Mancosatzes hinzu zu ziehenden und zu bezahlenden Hilfsarbeiter die Maximalgrenze der Tantième auf die Höhe des festen Gehaltes ange-

geben wird, was in der Regel bei weitem zu hoch sein dürfte. Die Antragsteller zogen dem entsprechend die Worte „die in der Regel die Höhe des festen Gehaltes nicht übersteigt“ zurück.

Schulze-Neustadt brachte einen Gegenantrag ein, wonach den gegenwart verkaufenden Consumenten empfohlen würde, dem Lagerhalter

1) ein festes Gehalt nur von solcher Höhe zu gewähren, daß daselbe noch nicht ausreicht mit etwaigen Nebenbezügen (Wohnung u. s. w.) zusammen seinen Lebensunterhalt in auskömmlicher Weise zu sichern; vielmehr solle der Lagerhalter dazu noch

2) auf eine Verkaufsprovision angewiesen sein, welche so zu normieren ist, daß damit zugleich eine durch zunehmenden Umsatz erwachsende Mehrarbeit angemessen honoriert wird.

Die beiden Anträge unterscheiden sich dadurch, daß der erstere neben einem knapp auskömmlichen Gehalt als Tantième eine mäßige Verkaufsprovision, der letztere neben einem nicht auskömmlichen Gehalt eine höher geprägte Provision gewähren will, für letzteren Antrag sprachen Mölle-Lüdenscheid und Sachs-Breslau. Im Breslauer Verein erhält jeder der 38 Lagerhalter $2\frac{1}{2}$ p.C. des Verkaufserlöses von dem Umsatz bis 72,000 Mark, $1\frac{1}{2}$ p.C. von dem überschreitenden Umsatz mit einem garantierten Minimum von 1200 Mark.

Bei der Abstimmung erklärte sich die Mehrheit für den Gegenantrag Schulze-Neustadt.

L. C. Die obligatorischen Innungen.

Von dem wirtschaftlichen Programm des Reichskanzlers scheinen unsere Conservativen selbst keine klare Vorstellung zu haben, obwohl man doch meinen sollte, daß eine Partei, welche dasselbe auf ihre Fahne geschrieben, in der Lage sein muß, den Wählern auch in Bezug auf die Einzelheiten reinen Wein einzuschenken. Daß dem nicht so ist, darüber belehrt uns eine interessante Episode aus einer am 23. d. Mts. in Berlin stattgehabten Versammlung des conservativen Vereins in der Louisenstadt. Wie der conservative „Reichsbote“ berichtet, hielt daselbst Herr Julius Schulze, Hilfsarbeiter im Reichsamt des Intern., der von dem conservativen Centralwahlkomitee als Kandidat im dritten Wahlkreis in Aussicht genommen ist, eine Rede, an welche sich eine Diskussion knüpfte. Hierbei wurde Herr Schulze über verschiedene, so z. B. über die Innungsfrage, energisch interpellirt. Herr Jul. Schulze will, so berichtet der „Reichsbote“ darüber, auf alle Anfragen nur kurze Bemerkungen machen, da eine eingehende Beantwortung zu weit führen würde. (Aha!) Einen gewissen Vorbehalt müsse jeder ehrliche Mann machen. Für jetzt seien obligatorische Innungen materiell unmöglich. (Lebhafte Unruhe, oho.) Da jetzt keine wirklichen Innungen vorhanden wären, sei das Vorhaben, dieselben plötzlich einzuführen, wahnsinnig. (Widerspruch und Unruhe.) Herr Dr. Hübner glaubt, daß man beabsichtigt Einführung obligatorischer Innungen erst ein Übergangsstadium schaffen müsse. (Bis dahin können wir verhungern.) Herr Weber wünscht, daß der Kandidat das Princip der obligatorischen Innungen strikte ausspreche, wenn es auch augenblicklich nicht zu verwirklichen sei. Herr Schulze: „.... In Bezug auf die Handwerkerfrage sei es ihm sehr merkwürdig, daß er jetzt auf einmal zu wenig verlangt, nachdem ihm seit vielen Jahren der Vorwurf gemacht worden sei, in dieser Frage zu weit zu gehen. Für jetzt ist die obligatorische Innung nun einmal materiell unmöglich. (Unruhe und Widerspruch.) Ich erstecke die Organisation des Handwerks; aber einstweilen sehe ich nicht viel davon, daß das Volk die obligatorischen Innungen verlangt.... Die Stimmen dafür sind nur sehr vereinzelt. (Oho.) Bei den Wahlen wird sich's zeigen; aber bis jetzt gehört das Groß der Handwerker noch zur Fortschrittspartei, wie ich positiv weiß. (Widerspruch.)“ — Da Herr Schulze, der „alleinige conservative Kandidat des dritten Wahlkreises“, nicht den antifortschrittlichen Franchireurs à la Henrici, Ruppel u. zugezählt werden darf, so ist eine Desavouirung desselben von conservativer Seite nicht zu erwarten. — Was will denn nun aber die conservative Partei eigentlich und was die Regierung? Die Hauptführer der Conservativen sind bekanntlich ebenfalls wie Herr Schulze der Meinung, daß Zwangsinnungen nicht durchführbar sind. Ein Theil der Conservativen aber ist nach wie vor anderer Meinung.

Deutschland.

Berlin, 27. Aug. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Oberst a. D. v. Stark, bisher Brigadier der 3. Gendarmerie-Brigade, den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den nachbenannten Personen die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen nichtpreußischen Ordens-Insignien ertheilt, und zwar: des goldenen Verdienstkreuzes des Großherzoglich mecklenburgischen Haus-Ordens der wendischen Krone; dem Eisenbahn-Stationsvorsteher Harke zu Cyrikuhn; des Ritterkreuzes erster Klasse des Herzoglich sachsen-ernestinischen Haus-Ordens: dem Regierungsrath und Eisenbahn-Betriebs-Director Braunschweig zu Neisse; des Ritterkreuzes zweiter Klasse desselben Ordens: dem Regierungs- und Baurath Bender zu Breslau, und dem preußischen Staatsangehörigen, Bahnhofs-Inspector der Thüringischen Eisenbahn, Baumgarten zu Leipzig; der denselben Orden affiliirten silbernen Verdienst-Medaille; dem Kammerlakaien Wilhelm Philipp und dem Vorreiter Gottfried Muchow, beide vom Hofstaate Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Albrecht von Preußen; des Fürstlich reußischen jüngeren Linie - Ehrenkreuzes dritter Klasse; dem preußischen Staatsangehörigen, Bahnhofs-Inspector der Thüringischen Eisenbahn, Senf zu Gera; sowie des Fürstlich lipischen Ehrenkreuzes dritter Klasse; dem Stabsarzt Dr. Ridder, Bataillonsarzt des Westfälischen Jäger-Bataillons Nr. 7, und dem Eisenbahn-Stationsvorsteher Schmidt zu Hannover.

Se. Majestät der König hat dem Landrat Melbeck in Solingen den Charakter als Geheimer Regierungsrath verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat den bisherigen General-Consul in Sofia, Legationsrat von Thielau, zum General-Consul in Budapest und an Stelle desselben den bisherigen zweiten Secretär bei der Botschaft in Konstantinopel, von Braunschweig, zum General-Consul in Sofia ernannt.

Dem Fabrikbesitzer Siegmund Blanck zu Berlin ist die Medaille für gewerbliche Leistungen in Gold verliehen worden. — Der Eisenbahnbau- und Betriebs-Inspector Ruchholz ist zum Director des Königlichen Eisenbahn-Betriebs-Amtes in Wesel, der Eisenbahnbau- und Betriebs-Inspector Fischer zum Director des Königlichen Eisenbahn-Betriebs-Amtes (Berlin-Dresden) zu Berlin, der Eisenbahnbau- und Betriebs-Inspector Siede zum Director des Königlichen Eisenbahn-Betriebs-Amtes in Erfeld, der Regierungs-Assessor Murrach zum Director des Königlichen Eisenbahn-Betriebs-Amtes (Berlin-Magdeburg) zu Berlin und der Eisenbahnbau- und Betriebs-Inspector Altenloh zum Director des Königlichen Eisenbahn-Betriebs-Amtes in Coblenz ernannt worden.

Berlin, 27. August. [Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] hat auf der Durchreise von England nach Bayern vorgestern in Coblenz Ihre Majestät die Kaiserin und Königin besucht, Allerhöchster Reconvalescenz durch die Ungunst der Witterung noch verzögert wird. Die behandelnden Aerzte wünschen für Ihre Majestät im Laufe des Monats September Luftveränderung, und zwar ist Baden hierfür in Aussicht genommen, wiewohl Ihre Majestät an den bevorstehenden Festlichkeiten in Karlsruhe offiziell nicht wird beteiligt können.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] trifft heute Mittags $1\frac{1}{2}$ Uhr von Coblenz zum Besuch der Ausstellung in Frankfurt a. M. ein und begibt sich abends zum Besuch Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs von Hessen nach Wolfsgarten bei Darmstadt. Morgen geht Se. Kaiserliche Hoheit die Reise

nach Augsburg fort, wo Abends 6 Uhr 7 Minuten die Ankunft erfolgen soll. (R.-U.)

= Berlin, 28. Aug. [Der Kaiser.] In der Stadt hörte seit etlichen Tagen lebhafte Beunruhigung in Folge der ungünstigen Nachrichten, welche über das Besinden des Kaisers verbreitet waren. Erfreulicherweise waren diese Nachrichten übertrieben, oder vielmehr gar nicht zutreffend; der Kaiser befindet sich vollkommen wohl, verlegt noch heute Abend seine Residenz von Babelsberg nach Berlin und gedenkt Dienstag die Parade des Garde-Corps auf dem Tempelhoferfeld abzunehmen, welche indessen nur bei günstigem Wetter abgehalten wird. — Die Frau Prinzessin Wilhelmine wird dem Vernehmen nach ihren Gemahlnicht nach Schleswig-Holstein zu den Mandern begleiten, sondern die Frau Kronprinzessin, die Honneurs an der Seite des Kaisers machen. — Der commandirende General des Garde-Corps, Prinz August von Württemberg, giebt am Mittwoch, den 31. d. Mts., ein großes militärisches Diner, zu welchem sämtliche Truppen-Commandeure der Garde, die königlichen Prinzen u. geladen sind. Es heißt, es sei auch das Erscheinen des Kaisers dabei zu erwarten.

[Bischof Korum in Barzin.] Wie der „Berl. Börs.-C.“ erfährt, ist der neu ernannte Bischof von Trier, Dr. Korum, heute von Straßburg nach Barzin abgereist, um dort mit dem Fürsten Bismarck über die wichtigsten kirchenpolitischen Fragen zu konferieren.

[An den diesjährigen großen Herbstübungen] des 10. und 9. Armeeges werden von französischen Offizieren teilnehmen: der Brigade-General, Generalmajor im Generalstabe Mathelin, Artilleriecapitän Cochard, Capitän Graf Jean de Sesmaisons, Lehrer an der höheren Kriegsschule, und außerdem die beiden Militär-Attaches der hiesigen französischen Botschaft: Oberstleutnant Graf de Sesmaisons, ein älterer Bruder des vorgenannten gleichen Namens, und der Capitän der Artillerie René Gouraud. — Von schwedisch-norwegischen Offizieren sind commandirt: Oberst Graf von Hamilton, Commandeur des Leib-Husaren-Regiments, Oberstleutnant Vogt von der norwegischen Armee, Capitän der Artillerie Müller und der Militär-Attache bei der hiesigen schwedisch-norwegischen Gesandtschaft Major Kleen. — Die großbritannische Regierung wird zu den Manövern folgende Offiziere senden: den Generalmajor Sir Frederick S. Roberts, Comandant der Armee von Madras, den Militär-Attache bei der hiesigen Botschaft, Oberstleutnant Georges Villiers, den Oberstleutnant vom 20. Husaren-Regiment C. French, den Artillerie-Major Brander und den Capitän der Linien-Infanterie Luard. — Der Sammelpunkt für alle fremden Offiziere ist Hannover.

[Vor der ersten Strafanmerkung] des hiesigen Landgerichts I wurde gestern (wie bereits kurz mitgetheilt) gegen die Redactrice der „Berliner Zeitung“ und des „Börsen-Courier“, Dr. Langmann und Nob. Davidsohn, sowie gegen den Berichterstatter v. Schirp ein Beleidigungs-Prozeß geführt, dem folgender Thatbestand zu Grunde lag: Der Kanonier Weiß von der 6. Batterie des 20. Artillerie-Regiments, welcher Bürge bei dem zur Artillerie-Werkstatt in Spandau commandirten, hieselbst Mauerstraße 15 wohnenden Lieutenant Woigkittel war, hatte seinem Leben durch Gräben ein Ende gemacht, nachdem schon vorher einmal ein Selbstmordversuch mißglückt war. Über diesen Selbstmord brachten die beiden Blätter einen aus dem Schirp'schen Correspondenzbureau stammenden Bericht, wonach der Kanonier durch fortgesetzte Mißhandlungen mit der Reitpeitsche und Füstriete des Offiziers zum Selbstmorde getrieben worden sei. Auf den vom Regiments-Commandeur gestellten Strafantrag wurden die drei Angeklagten wegen Beleidigung des Lieutenant Woigkittel durch Verbreitung nicht erweislich wahrer Thatachen unter Anklage gestellt. Der Angeklagte v. S. erbot sich zum Wahrheitsbeweise, welcher nun gestern angetreten wurde und im Allgemeinen folgende Ergebnisse zu Tage förderte: Desfiliateur Acker sagt aus: Ich habe den Kanonier Weiß während der vier Monate, wo er Bürge bei dem Lieutenant W. war, gekannt und ihn täglich gesehen. Er klagte beständig über schlechte Behandlung durch seinen Vorgesetzten, und am 17. Juni v. J. Abends äußerte er, daß er es nicht mehr ertragen könne und sich das Leben nehmen müsse. Der arme Teufel war dabei so verbissen, daß ich aus Furcht, daß er, diese Drohung wahr mäden könnte, meine beiden Söhne mit der Instruktion ihm nachlaufen, sofort Hilfe zu rufen, falls er an die Spree gehen sollte. Nach Mittheilung dieser Knaben ist Weiß unterwegs einmal eingekrobt und dann direkt an die Spree gegangen. Als er ihnen seine Mäze und sein Portemonnaie einhändigte, um es mir zu bringen, hätten sie um Hilfe gerufen und einige hinzufliegende Männer hätten Weiß gewaltsam vom Hineinpringen in die Spree zurückgehalten. Der unglückliche Mensch wurde in seine Behausung getragen und ins Bett gebracht. Er befand sich in einem Zustande von ungeheurem Paroxysmus. Am andern Morgen kam Weiß zu mir ins Local und klagte mir mit traurigem Auge, daß er wegen seines gestrigen dummen Streiches von seinem Lieutenant mit Peitschenhieben und Füstrieten traktiert worden sei. Er klagte dabei über furchtbare Schmerzen und auf meine Aufforderung zeigte er mir seinen Körper, an welchem ich drei fingerbreite Striemen und einen dunklen Fleck im Kreuz bemerkte, bei dessen Berührung er krampfhaft zusammenzuckte und am ganzen Leibe zitterte. Ich forderte ihn auf, die Sache zur Anzeige zu bringen, und erbot mich sogar meinerseits, dies zu thun; er aber gab mir in höchster Aufregung zur Antwort: „Zest hat es die längste Zeit gedauert; wenn der Lieutenant heute aus Spandau kommt, bin ich nicht mehr“. Schließlich sagte der Zeuge noch aus, daß der Verstorbene am Abend des Selbstmordes ihr gestagt habe, sein Herr habe ihn wegen des verunglückten Selbstmordversuchs an der Binde gewürgt, mit Füßen getreten und mit der Reitpeitsche geschlagen. Auch der Zeugin war Weiß nur als ein ordentlicher mühterner Mensch bekannt. — Dagegen behauptet Schneidermeister Franke, bei welchem der Lieutenant Woigkittel damals gewohnt, daß dieser den Weiß stets gut behandelt habe. Am Abend vor dem Selbstmorde sei Weiß von mehreren Männern betrunken nach Haus gebracht worden, und da habe ihm der Lieutenant erste Vorhaltungen gemacht. Dr. Pissin: Ich wurde etwa dreiviertel Stunden nach dem Selbstmord hinzugeholt und fand die Leiche noch teilweise warm, doch gelang es nicht mehr, den Erhängten ins Leben zurückzurufen. Spuren von Mißhandlungen, auch Striemen habe ich an dem Körper nicht gefunden. — Medicinalrath Dr. Wolff: Beweise für eine Mißhandlung liegen nicht vor, doch ist die Möglichkeit von solchen auch nicht ausgeschlossen. — Lieutenant Woigkittel betrifft seinerseits jede Schuld. Weiß habe sich, so führt derselbe aus, in der ersten Zeit gut geführt, später sich aber dem Trunke ergeben und ihm damit viele Unbequemlichkeiten bereitet. Auch am Abend des 17. Juni sei er wieder sehr angebrunken nach Hause gekommen und habe durch sein Toben die nächtliche Ruhe gestört, so daß der Vicewirth nächtlicher Weise zweimal seine Intervention nachge sucht habe, um den Bürchen zur Ruhe zu bringen. Zeuge will ihm dann am nächsten Morgen gedroht haben, ihn einsperren zu lassen, bestreitet aber, ihn mit der Peitsche geschlagen, überhaupt ihm jemals ge mißhandelt zu haben. Als er am Nachmittage von Spandau zurückkehrte, habe er den Weiß erhängt vorgefunden. — Nach der Beweisaufnahme begründete der Staatsanwalt seinen Antrag auf Schuldig sämmtlicher Angeklagten. Er erachtete auf Grund der vollkommen glaubwürdigen Aussage des Lieutenant Woigkittel die Behauptungen des incriminierten Artikels für hinfällig. Die beiden Redactrice seien weniger dafür verantwortlich als der Verfasser, und deshalb beantragte er gegen Dr. Langmann und Davidsohn je 20 Mark Geldbuße, gegen v. Schirp 6 Wochen Gefängnis. — Die Angeklagten und ihre Vertheidiger plädirten auf Freisprechung, da der Beweis der Wahrheit vollständig erbracht worden sei. — Das Urteil des Gerichtshofes lautete auf Freisprechung, da er den Beweis der Wahrheit, daß Kantier Weiß durch fortgesetzte Mißhandlungen in den Tod getrieben sei, für gelungen erachtete.

[Marine.] S. M. Schiff „Wineta“, 19 Geschütze, Commandant Capt. z. See Birzow, befand sich, telegraphischer Nachricht zufolge, am 25. August in Port Elisabeth (Capland).
[Bekanntmachung.] Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das im Druck und Verlag zu Hötting-Zürich erschienene Flugblatt mit der Ueberdrift: „An die Wähler des vierten Berliner Reichstagwahlkreises! Arbeiter, Bürger!“ und der Unterschrift: „Die Berliner Sozialdemokraten“, nach § 11 des gedachten Gesetzes durch landespolizeiliche Verfügung verboten worden ist.

Kiel, 26. August. [Zum Kaiserfest. — Militärisches.] Die „Kiel. Ztg.“ meldet: Zu den von dem Landtagsmarschall auf den 16. September Geladenen gehören der Herzog und die Herzogin von Schleswig-Holstein-Glücksburg, sämmtliche im Lande anwesende Prinzen und Prinzessinnen des schleswig-holsteinischen Fürstengeschlechts, so wie auch der Landgraf und die Landgräfin von Hessen nebst Prinzen und Prinzessinnen. Von den Civilbehörden sind, dem Vernehmen nach, nur die höheren Vertreter geladen, der Oberpräsident, der Präsident und die Ober-Regierungsräthe zu Schleswig, die Mitglieder des Oberlandesgerichts und die Directoren der Landesgerichte, der Rektor und die vier Decane der Universität, die beiden General-Superintenden und der Consistorial-Präsident, die Oberbürgermeister von Altona, Kiel und Flensburg und die Landräthe. — Der Große Generalstab wird sich am 18. September hier in Kiel versammeln und von hier aus die große Generalstabsreise unter Führung des Generalfeldmarschalls Grafen Moltke antreten.

Die „Kiel. Ztg.“ schreibt man: Mit Rücksicht darauf, daß Ihre Majestät die Kaiserin noch nicht im Stande sein wird, zum Kaiserhandwerker hier anwesend zu sein, ist höheren Orts der Wunsch ausgesprochen, daß Ihre Kaiserliche und Königliche Hoheit die Kronprinzessin in der Nähe Sr. Majestät des Kaisers Wohnung erhalten möge, um die Honneurs zu übernehmen. Höchsteselbe wird deshalb nicht auf Schloß Breitenburg, sondern in der Villa des Commerzienrats Ch. de Bos Wohnung nehmen.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Glogau, 26. August. [Preßprozeß.] Vor der Strafammer des hiesigen Königlichen Landgerichts stand gestern der Redakteur M. J. Baad aus Berlin, angeklagt, durch einen im „Niederschlesischen Anzeiger“ am 15. Juli v. J. abgedruckten Artikel den Amtsverwalter Gbur zu Chrzanow bei Katowitz beleidigt zu haben. Angestalter, welcher in Berlin eine Correspondenz für Zeitungs-Redaktionen herausgibt, berichtete in dem incriminierten Artikel über ein vor dem Ober-Verwaltungsgericht in Berlin zur Entzierung gekommenes Verfahren in Sachen einer Concessions-Entzierung, und stellte die Sache uncorrecter Weise so dar, als ob der Gastrich, dem die Concession entzogen wurde und der zufälligerweise ein Concurrens des Amtsverwalters Gbur war, diese geschäftliche Störung lediglich dem Geschäftsnieder des Letzteren zu verdanken hätte. In dem Artikel war jedoch weder der Name der bebeligten Personen, noch der Ort, in dem sich die Angelegenheit abspielte, genannt worden; der Artikel ging in verschiedene Blätter über, blieb auch überall unbeachtet, nur gegen den Redakteur des „Niederschlesischen Anzeigers“, Herrn Hart, wurde vom Kreis-Ausschuß in Katowitz, als der vorgesetzte Behörde des Herrn Amtsverwalters Gbur, Strafantrag gestellt und damit zugleich auch Anklage gegen Herrn Baad erhoben. Am 3. Februar d. J. wurde Lechterer von dem Strafammat des hiesigen Königlichen Landgerichts zu 100 M. Geldbuße eben 10 Tagen Gefängnis verurteilt; dieses Erkenntniß wurde am 7. April 1881 durch Urteil des Reichsgerichts vernichtet und zwar deshalb, weil der Kreis-Ausschuß zur Stellung des Strafantrages nicht berechtigt war. Wenn Herr Baad nun glaubte, die für ihn unangenehme Sache habe damit ihr Ende erreicht, so täuschte er sich, denn am 4. Mai wurde wegen derselben Angelegenheit gegen ihn ein Strafantrag vom Präsidienten der königlichen Regierung zu Oppeln gestellt, der gestern zur Verhandlung kam. Der Vertreter der königl. Staatsanwaltschaft hob her vor, daß es sich hier um einen ganz neuen Prozeß handle, der mit dem ersten, weil derselbe rechtsungültig war, in keinem Zusammenhang stehe, daß der Gerichtshof also auch bezüglich des Strafmaktes durchaus nicht auf das erste, in dieser Sache ergangene Erkenntniß Rücksicht zu nehmen habe. Da der Angeklagte in der eben beendeten Verhandlung bewiesen habe, daß er sein Vergehen nicht im Mindesten bereue, so beantragte er (der Vertreter der königl. Staatsanwaltschaft) eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Der Angeklagte, welcher für sich geltend machte, daß er eine Beleidigung des Herrn Amtsverwalters durchaus nicht beabsichtigt habe, sondern den Bericht über die Verhandlung vor dem Ober-Verwaltungsgericht der Redaktion des „Niederschlesischen Anzeigers“ nur als Material, welches noch zu verarbeiten sei, zur Verfügung stellte, führte des Weiteren aus, daß ihm der § 2 des Preßgesetzes, nach welchem derartige Vergehen in 6 Monaten verjährten, zur Seite stände. Wenn die königl. Staatsanwaltschaft der Ansicht sei, daß die Verjährung noch nicht eingetreten sei, weil in der in Betracht kommenden Zeit das gerichtliche Verfahren nicht geruht habe, so behauptete er dem entgegen, daß, wie der Vertreter der königl. Staatsanwaltschaft selbst zugegeben, der erste Prozeß vollständig rechtsungültig gewesen, also als gar nicht bestanden zu betrachten sei, und es sich um einen ganz neuen Prozeß handele. Dieser sei aber ebenfalls hinfällig, denn in dem Augenblide, als der Präsidient der königl. Regierung zu Oppeln den betreffenden Strafantrag stellte, war die Verjährungsfrist bereits längst eingetreten. Diese Ausführungen schloß sich der Gerichtshof an und sprach den Angeklagten kostenlos frei. (Niederschles. Anz.)

A. Berlin, 27. August. [Reichsgerichts-Entscheidungen.] Ein Prozeß zwischen der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Aktion-Gesellschaft und einem Grundstückseigentümer in der Brunnenstraße wegen Entzündung für ein ihm zum Zwecke der Pferdebahn-Anlage entzogenes Borgarten-Terrain, das jedoch zur Zeit der Entzündung nicht mehr Borgarten, sondern vom Eigentümer geplastert und der öffentlichen Nutzung übergeben war, ist vor Kurzem beim Reichsgericht zur Entscheidung gelangt. — Der Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Aktion-Gesellschaft war im Jahre 1871 die Anlegung einer Pferdebahn in der Brunnenstraße unter der Bedingung bewilligt, daß sie den Fahrdamm auf ihre Kosten verbreite und an beiden Seiten breite Bürgersteige herstelle. Sie sollte das dazu erforderliche Terrain von den Eigentümern erwerben und der Commune entgeltlich überreichen. Sofern eine gültige Einigung mit den Eigentümern über die Preise nicht herbeizuführen sei, war ein Expropriations-Vorhaben unter Mitwirkung des Magistrats in Aussicht gestellt. Bei der Anlegung der Pferdebahn auf Grund einer Concession verwendete die Pferdebahn-Gesellschaft das sog. Borgarten-Terrain des Hansegentümers B. zur Anlegung des Bürgersteiges, ohne irgend welche Einigung mit dem Eigentümer zu erreichen. Die Pferdebahn-Gesellschaft ging von der Meinung aus, daß das verwendete Terrain, da es von Eigentümern seit Jahren der öffentlichen Benutzung übergeben und geplastert war, für den Eigentümer gar keinen Wert hatte, also für ihn aus dem öffentlichen Interesse erfolgenden Entzündung kein Nachteil entstand. B. klage gegen die Pferdebahn-Gesellschaft auf Schadensatz und erstritt bei dem Kammergericht ein obiges Urturteil. Die Revision der Pferdebahn-Gesellschaft wurde vom Reichsgericht, IV. Civilsenat, durch Urteil vom 25. April 1881 zurückgewiesen, indem es begründend aussah: „Der Pferdebahn-Gesellschaft stand keinerlei Recht zu, in das umstrittige Eigentum des Klägers wider dessen Willen einzutreten und irgendeinen Theil desselben seinem Besitzer und seiner freien Verfügung zu entziehen. Es ist ihr auch durch die Concessionsurkunde eine solche Befugnis nicht einmal eingeräumt, konnte ihr auch nicht

die Abreise Sr. K. K. Hohes nach Wölfsgarten zum Besuch des Großherzogs von Hessen.

Wien, 27. August. Der Gesandte Chinas, Li-Tong-Pao, überreichte dem Kaiser heute seine Creditive.

Pest, 27. August. Der „Ungarischen Post“ zufolge hat die ungarisch-rumänische Commission für die Untersuchung der Grenzverlezung ihre Arbeiten beendet. Dieselbe überzeugte sich, daß eine eigentliche Grenzverlezung im strengsten Sinne des Wortes nicht stattgefunden hat. Die von der Commission aufgenommenen Protokolle werden den beiderseitigen Regierungen vorgelegt.

Rom, 28. August. Der hier erkrankte päpstliche Nuntius in München, Roncetti, ist mit den Sterbesacramenten versehen worden.

Rom, 28. Aug. Gerüchtweise verlautet, daß bei Gelegenheit der zur Zeit der nächsten Canonisationen projectirten allgemeinen Bischofsversammlung eine Collectiv-Eklärung verfaßt werden soll, worin die gegenwärtige Lage des heiligen Stuhls als unhaltbar bezeichnet würde. Diese Eklärung solle mit einer begleitenden päpstlichen Note allen Regierungen zugefandt werden.

Paris, 27. August. Aus Saïda wird gemeldet: Oberst Négrier demolirte das Grabmal des Sidi Scheik, respectirte aber die Nebenreste dieses Heiligen. Dieselben wurden mit militärischen Ehren in die Moschee zu Géryville übergeführt. — In Suja wurden große Vorsichtsmahregeln gegen die Araber getroffen. Die Stadt war mehrere Tage hindurch geschlossen. Gerüchtweise verlautet, daß das französische Lager bei Hammamet von mehreren Tausend Arabern angegriffen worden sei, daß letztere aber mit großen Verlusten zurückgeschlagen seien. Ebenso verlautet, daß das Lager bei Gabes in gleicher Weise angegriffen worden sei. — Es bestätigt sich, daß Roustan nach Paris berufen worden, um sich mit der Regierung über Maßregeln zur Sicherung der Ruhe in Tunis zu verständigen.

Paris, 28. Aug. Eine officielle Depêche aus Tunis meldet, Oberst Correard sei am 26. c., als er eben sein Lager bei Erbain abgebrochen, um auf Hammamet zu marschieren, von einer auf 12,000 Mann geschätzten arabischen Reiterschaar angegriffen worden, habe den Angriff aber abgeschlagen. Das Gefecht habe 3 Stunden gedauert, die Franzosen hätten 1 Todten und 3 Verwundete gehabt, die Araber hätten 15 Mann an Todten verloren und eine beträchtliche Anzahl Verwundeter gehabt. Oberst Correard habe in einer Entfernung von 40 Kilometer vom General Sabattier eine äußerst günstige Stellung eingenommen und suche sich über die Stimmung der Einwohner von Hammamet zu vergewissern, wo es jederzeit sehr leicht sein werde, Truppen zu landen. Der Befehlshaber eines in der Nähe befindlichen tunesischen Lagers habe sich mit Correard in Verbindung gesetzt und denselben seiner besten Absichten versichert.

Konstantinopel, 28. Aug. Der Sultan hat dem Minister des Auswärtigen, Ussim Pascha, einen Ehrensäbel verliehen.

Washington, 27. August. Nach dem heute Abend 6 Uhr 30 Minuten über das Besinden des Präsidenten Garfield ausgegebenen Bulletin liegen die Krankheitsergebnisse am Nachmittag eine leichte Besserung erkennen; Puls 114, Temperatur 98,09, Respiration 22. Gehirn frei. Die Drüsengeschwulst fährt fort Eiter auszuwandern, hat aber nicht merklich abgenommen.

Washington, 28. August. Officielles Bulletin, 8½ Uhr früh. Die im letzten Bulletin hergehobene Besserung Garfields dauerte die Nacht hindurch fort, trat seit Mitternacht noch entschiedener hervor. Der Puls ist gradweise verminderd, der Magen behält die zugeführte flüssige Nahrung. Der Geist ist vollkommen frei. Pulsbewegung 100, Temperatur 99,04, Respiration 17.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 27. Aug., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course] Londoner Wechsel 20, 505. Pariser Wechsel 81, —. Wiener Wechsel 173, 80. Köln-Mindener Stamm-Aktion 150½. Rheinische Stamm-Aktion 163½. Hessische Ludwigsbahn 101½. Köln-Mind. Prämiens-Aktion 131½. Reichsanleihe 101½. Reichsbank 150. Darmstädter Bank 169½. Meiningen Bank 103. Oesterr.-Ungarische Bank 717, —. Credit-Aktion* 304. Wiener Bankverein 120½. Silberrente 67½. Goldrente 81. Ungarische Goldrente 102½. 1860er Loope 124¾. 1864er Loope 335, —. Ung. Staatsloose 1—. Ung. Ostbahn-Oblig. II. 94½. Böhmisches Westbahn 265. Elisabethbahn 183½. Nordwestbahn 196½. Galizier 278½. Franzosen* 306. Lombarden* 122½. Italiener 90½. 1877er Russen 91½. 1880er Russen 75½. II. Orientanleihe 60½. III. Orientanleihe 60½. Central-Pacific 113½. Buschthader —. Ungar. Papierrente —. Elbthal —. Lottringer Eisenwerke —. Privat-Discount —. Spanier —. Sehr matt.

Nach Schluß der Börse: Creditaction 304. Franzosen 305½. Galizier

278½. Lombarden 123½. Oesterr. Goldrente —. Ungar. Goldrente —. 1880er Russen —. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —.

* per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 27. August, Nachm. [Schluß-Course]. Preuß. 4proc. Consols 102, Hamburger St.-Br. A. 127½, Silberrente 67½, Ost. Goldrente 81, Ung. Goldrente 102½, 1860er Loope 125½, Credit-Aktion 304, Franzosen 764, Lombarden 303, Ital. Rente 90½, 1877er Russen 92, 1880er Russen 74, II. Orient-Anl. 59, III. Orient-Anl. 58½, Laura-Blütte 115½, Norddeutsche 191½, 50% Amerik. —, Rhein. Eisenb. 163½, do. junge 161, Bergisch-Märkische do. 123½, Berlin-Hamburg do. 291, Altona-Kiel do. 183½, 5proc. österr. Papierrente —. Discount 4½% —. Matt.

Hamburg, 27. Aug., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine flau. Roggen loco unverändert, auf Termine flau. Weizen pr. August 237, 00 Br., 235, 00 Bd., pr. September-Dechr. 237, 00 Br., 235, 00 Bd. Roggen pr. August 176, 00 Br., 175, 00 Bd., pr. Septbr. October 167, — Br., 166, — Bd. Hafer u. Gerste unverändert. Rüböl fest-loc 58, —, pr. October 58, 50. Spiritus ruhiger, pr. August 51½ Br., pr. August-September 49½ Br., pr. Septbr.-October 48½ Br., pr. Octbr.-Novbr. 47½ Br. Kaffee matt, Umsatz 3000 Sad. Petroleum fest, Standard white loco 7, 70 Br., 7, 60 Bd., pr. August 7, 60 Bd., pr. Septbr.-Dechr. 7, 80 Bd. Wetter: Wolkig.

Wien, 28. Aug. Vorm. 10 Uhr 40 Min. [Privatverkehr] Credit-Aktion 347, 50 nach 349, 50, Papierrente 76, 65. Bewegt.

Posen, 27. Aug. Spiritus pr. August 58, 80, pr. September 55, 40, pr. October 53, 40, pr. November-Dechr. 52, 30. Gef. — Liter. Matt.

Liverpool, 27. August, Nachmittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht) Muthmaschlicher Umsatz 6000 Ballen. Ruhig. Tagesimport 6000 Ballen. Mittel. amerikanische September-Lieferung 67½, November-December-Lieferung 63½ D.

Liverpool, 27. August, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht) Umsatz 6000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Unverändert. Mittel. amerikanische September-October-Lieferung 67½, October-November-Lieferung 67½ D.

Pest, 27. August, Vorm. 11 Uhr. [Producenmarkt.] Weizen loco und auf Termine ruhiger, pr. Herbst 12, 90 Bd., 12, 92 Br. Hafer pr. Herbst 8, 00 nom. Mais pr. September-October 7, 00 nom. Kohlraps 13½ —. Wetter: Trüb.

Paris, 27. Aug., Nachmittags. [Producenmarkt.] (Schlußbericht) Weizen behauptet, pr. August 32, 70, pr. Sept. 31, 60, per September-Dechr. 31, 80, pr. November-Febr. 31, 80. Roggen fest, pr. August 22, 00, pr. Nov.-Februar 22, 00. Mehl behauptet, pr. August 8 Marques, 71, 60, pr. September 9 Marques, 67, 25, pr. September-December 9 Marques, 67, 50, pr. November-Febr. 9 Marques, 67, 75. Rüböl matt, pr. August 83, 00, pr. September 83, 25, pr. September-December 83, 25, pr. Januar-April 83, 25. Spiritus ruhig, pr. August 63, 00, pr. September 63, 25, pr. September-December 63, 50, pr. Januar-April 63, 75. Wetter: Veränderlich.

Paris, 27. Aug., Nachm. Rohzucker 88° loco ruhig, 56, 75 — 57, 00. Weißer Zucker weichend, Nr. 3 per 100 Kgr. pr. August 65, 00, pr. September 64, 50, pr. October-Januar 62, 87.

London, 27. August, Nachmittags. Habannazucker Nr. 12, 25½.

Amsterdam, 27. August, Nachmittags. Vancazinn 54½.

Antwerpen, 27. Aug., Nachm. [Getreide- und Produktenmarkt.] (Schlußbericht) Weizen weichend. Roggen fest. Hafer still. Gerste gefragt.

Antwerpen, 27. Aug., Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht) Asphalturites, Type weiß, loco 183½ bez. und Br., per September 18½ Br., per September-December 19½ Br., per October-December 19½ Br. fest.

Bremen, 27. Aug., Nachmittags. Petroleum steigend. (Schlußbericht) Standard white loco 7, 60, pr. September 7, 60, per October-December 7, 85, pr. Januar 8, 00. Alles bezahlt.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 29. August.

[Personal-Nachrichten.] Bestätigt die Vocationen für den bisherigen Lehrer Gregor in Karlsdorf, Kreis Grünberg, zum Lehrer, Organisten und Küster an der katholischen Schule und Kirche in Liebenzig, Kreis Freistadt, für den bisherigen Adjunkt Körner in Petersdorf, Kreis Hirschberg, zum Lehrer an der Hüttenchule in Schreiberbau, desfelben Kreises, für den Seminar-Abiturienten Gille zum Lehrer an der evangelischen Schule in Haagel, Kreis Jauer, für den Seminar-Abiturienten Ulmann zum Lehrer an der neu begründeten evangelischen Volksschule zu Seitendorf, Kreis Löwenberg, für den bisherigen Lehrer Pohl in Buchwald, Kreis Glogau, zum Lehrer an der evangelischen Stadtschule in Schmiedeberg und für den bisherigen Lehrer Röhrig in Mochholz zum Lehrer und Organisten an der evangelischen Schule und Kirche zu Hermendorf bei Ruhland. Die erfolgte Wiederwahl der Stadträthe Müller, Diekel, Jungfer und Löschbrand, sowie die Neuwahl des Stadtrathes a. D. Chuchuk zu Görlitz zu unbestdeten Stadträthen dieser Stadt und die erfolgte Wiederwahl des Particuliers Peisker in Schmiedeberg zum unbestdeten Rathsherrn dieser Stadt.

O. Beuthen, 27. August. [Sedantag — Bürgerrolle.] — Venediger Urlaub. Hier wird der bevorstehende Sedantag voraussichtlich in einer wenig mehr als alltäglichen Weise vorübergehen. Ein öffentliches, allgemeine feierliches Arrangement ist bis jetzt nicht getroffen, und selbst der Kriegerverein will anstatt der sonst üblichen Feierlichkeiten nur einen Generalappell mit patriotischem Vortrage zur Erinnerung des historisch-bentwürdigten Tages abhalten. Dagegen sollen die Tage des auf den 3, 4. und 5. September angefeierten Fahnenweihfestes des hiesigen Mustervereins „Brumme“ um so lebhafter werden, da der Verein außergewöhnliche Anstrengungen macht, das auf drei Tage berechnete Fest in großer Deßenlichkeit zu feiern. — Die bestätigte Liste der stimmberechtigten Bürger enthält 1723 Stimmberechtigte mit einer Gesamtsteuer von 334.005,45 Mark. Es entfallen davon auf die erste Abteilung 44 Stimmen mit 111.939 Mark Steuer, auf die zweite Abteilung 241 Stimmen mit 110.841 Mark und auf die dritte Abteilung 1438 Stimmen mit 111.225 M. Steuern. Gegen die Steuersumme der vorjährigen Liste ist die diesjährige um über 6300 Mark gestiegen. Die Liste (Bürgerrolle) wird in den Tagen vom 1. bis 15. September im Zimmer Nr. 23 des Rathauses zur Einsicht ausliegen. — Nachdem Herr Landrat von Wittken von seinem Urlaub zurückgekehrt ist, hat derselbe die Geschäfte seines Amtes wieder übernommen.

Breslau, 29. August, 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Marte war im Allgemeinen schleppend, bei ausreichendem Angebot Preise unverändert. Weizen, feine Qualitäten behauptet, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 20,20 bis 22,00 — 22,40 Mark, gelber 20,80 — 21,40 bis 22,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Stimmung, per 100 Kilogr. 16,60 bis 17,00 — 17,30 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste preishaltend, per 100 Kilogr. 12,80 — 14,20 Mark, weiße 14,40 bis 15,20 Mark.

Hafer ohne Aenderung, per 100 Kilogr. neuer 12,00 — 12,50 — 13,00 bis 13,60 Mark.

Mais behauptet, per 100 Kilogr. 14,20 — 14,60 — 15,00 Mark.

Erbse ohne Angebot, per 100 Kilogr. 17,00 — 18,00 bis 20,00 Mark.

Victoria 20,00 — 21,00 — 22,00 Mark.

Bohnen mehr brachtet, per 100 Kilogr. 18,50 — 19,50 — 20,00 Mark.

Lupinen gut gefragt, per 100 Kilogr. gelbe 11,80 — 12,50 — 13,00 M., blonde 11,60 — 12,30 — 12,80 Mark.

Widen behauptet, per 100 Kilogr. 13,20 — 13,70 — 14,30 Mark.

Delfaaten in sehr fester Haltung.

Schlaglein schwach zugeführt.

Pr. 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat — — — — —

Winteraps ... 25 50 24 50 23 50

Winterrüben ... 24 75 23 50 22 75

Sommerrüben ... — — — — —

Leinbohrer ... — — — — —

Rapskuchen in sehr fester Haltung, per 50 Kilogr. 7,50 — 7,60 Mark, fremde 7,20 — 7,40 Mark, September-Dechr. — Mark.

Leinuchen gut verkauflich, per 50 Kilogr. 9,40 — 9,60 Mark, fremde 8,60 — 9,30 Mark.

Kleefamen gute Kauflust, rother sehr fest, per 50 Kilogr. 33 — 36 bis 40 — 46 Mark, — weißer behauptet 35 — 45 — 53 — 60 Mark, hochfeiner über Notiz.

Tannen-Klee schwacher Umsatz, per 50 Kilogr. 38 — 44 — 48 Mark.

Thymothee sehr fest, per 50 Kilogr. 25 — 26 — 29 Mark.

Mehl gut behauptet, per 100 Kilogr. Weizen 30,75 — 31,50 Mark, Roggen Hausbäder 26,00 — 26,75 Mark, Roggen-Futtermehl 11,25 — 12,00 Mark, Weizenkle 10 — 10,25 Mark.

Heu 3,20 — 3,50 Mark per 50 Kilogr.

Roggengroß, 30 — 32 Mark per Schod a 600 Kilogr.

Glogau, 28. August. [Schiffahrtstabelle.] Die häufige Oderbrücke passirten folgende Schiffe: Am 24. Aug.: Ed. Zimmerman von Schweden mit Steinen nach Herrndorf, Dampfer „Rüstrin“, Steuermann Friedr. Bogen Schneider, Aug. Städter, Furd. Scholz, Ant. Furd. von Stettin mit Gütern nach Breslau; am 26. August: Wilh. Jensch, Furd. Lange von Stettin mit Gütern und Roheisen nach Breslau, Dampfer „Christian“ mit 4 Schleppfählen, Dampfer „Glogau“ mit 3 Schleppfählen von Stettin mit Gütern nach Breslau.

Schiffahrtstabelle.

Stettiner Oberbaumliste, 25. August. Schiffer Rosenhal von Gleichen an P. Röscher mit 58½ W. Gerste. Büschel von do. an do. mit 49 do.

Eichborn von Freienwalde an do. mit 55 W. do. Altmann von Breslau an Zander mit 53 W. Raps und Rüben. Schütz von do. an do. mit 50 W. do. do. an do. mit 50 W. do. Regel von Bellingen an Dethloff mit 50 W. Gerste. Jäger von Güstebiese an do. mit 7 W. Weizen, 6 W. Gerste. Unterbaumliste. Braun von Greifswald an W. Lüdele u. Co. 20½ W. Raps und Rüben.

Stettiner Oberbaumliste, 26. Aug. Schiffer Richter von Gr. Neuenhof an O. Weicher mit 60 W. Gerste, 3 W. Rüben. Städte von Schwerin an Landshoff u. Hessel mit 41 W. Roggen. Beidler von Bösen an Odre mit 10 W. Rüben. Lehm aus von Zäler an Dethloff mit 62 W. Gerste, 9½ W. Rüben. Unterbaumliste. Schiffer Giese von Usedom an Wintelsleer mit 4 W. Rüben.

Swinemünder Einfahrtliste. Westnorwegen: Valdur, Olsen, J. Ch. Giertsen 450½ Do. Hering. Th. Hellm. Schröder 151 Do. Hering. Hugo Witt 125 Do. do. Schröder u. Tresselt 901; ½ do. Orde 392 Do. Hering. — Ab Kopenhagen: Giertsen, 72 Do. Hering. — Macross: Helen West, West. Orde 1100 Do. Hering. — Peterhead: Sovereign, Robinson. Orde 800 Do. Hering. — Newcastle: Long Ditton, Grans. Ordre 1 Lab. Steinkohlen.

Wolgaster

Berliner Börse vom 27. August 1881.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	101 10 bz
Consolidirte Anleihe	4½	105 90 bz
do. do. 1876	4	101 40 etbB
Staats-Anleihe	4	106 50 bz
Staats-Schuldscheine	3½	98 75 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	154 10 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103 60 bz
Berliner	4	104 50 bz
Pommersche	4	91 60 bz
do. do.	4	101 00 bzB
do. do.	4½	102 50 G
Posenische neue	4	99 75 bz
Schlesische	3½	100 00 bzG
Lndsch. Central.	4	101 39 bzB
Kur. u. Neumärk.	4	101 25 B
Pommersche	4	101 00 bz
Preussische	4	101 00 G
Westfäl. u. Rhein.	4	101 25 G
Sachsenische	4	101 25 bz
Badische	4	101 20 bz
Bairische Präm.-Anl.	4	136 60 bz
do. v. 1875	4	101 60 G
Cöln-Mind. Prämienabs.	3½	131 50 G
Sächs. Rente von 1876	3	80 20 bz

Wechsel-Course.

Amsterdam	100 Fl.	8 T. 3	168 40 bz
do. do.	8 T. 4	167 60 bz	
London 1 Lstr.	8 T. 4	20 408 bz	
do. do.	8 T. 4	20 305 bz	
Paris 100 Frs.	8 T. 4	88 75 bz	
do. do.	8 T. 4	80 30 bz	
Petersburg 100 SR.	3 W. 6	216 60 bz	
do. do.	3 W. 6	215 50 bz	
Warschau 100 SR.	8 T. 6	216 70 bz	
Wien 100 Fl.	8 T. 4	173 50 bz	
do. do.	2 M. 4	172 80 bz	

Kurz. 40 Thaler-Loose 35,50 B.

Badische 35 Fl.-Loose 218,75 B.

Braunschw. Prämien-Anleihe 103,90 bz

Oldenburger Loose 152,50 bz

Ducaten — —

Sover. — —

Napoleon 16,26 bzG

Imperials 16,70 oz

Dollar 4,23 bz

Gestr. 174,00 bz

do. Silbergd. — —

Russ. Bkn. 217,10 oz

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Divid. pro 1879 1880

Aachen-Maastricht. 3/4 2/4 4 50,40 bz

Berg.-Märkische. 4½ 5½ 4 123,50 bz

Berlin-Anhalt. 0 0 4 135,00 bz

Berlin-Dresden. 0 0 4 21,80 bzG

Berlin-Görlitz. 0 0 4 34,50 bz

Berlin-Hamburg. 12½ 14½ 4 291,00 bzG

Berl.-Potsd.-Magdeburg. 4 4 4 4

Berlin-Stettin. 4½ 4½ 4 115,50 bz

Bohm.-Westbahn. 6 7 5 133,50 bz

Bresl.-Freib. 4½ 4½ 4 106,25 bz

Coln-Minden. 6 6 5 151,25 bz

Dux-Bodenbach. 4 4 4 140,50 bzG

Gal.-Carl-Ludw.-B. 7,738 7,738 4 139,75 bz

Halle-Sorau-Gub. 0 0 4 25,50 bzG

Kaschau-Oderberg. 4 4 4 64,00 bzG

Kronpr. Rudolfs. 5 5 5 70,00 bz

Ludwigsh.-Bexb. 9 9 4 206,75 bz

Märk.-Posener. 0 0 4 35,25 bzG

Magdeb.-Halberst. 6 6 5 6

Mainz-Ludw.-Wig. 4 4 4 102,25 bz

Niederschl.-Märk. 4 4 4 101,50 bz

Oberschl.-A.C.D.E. 9½ 10½ 3½ 244,75 bz

do. 9½ 10½ 3½ 195,00 bz

Oest.-Fr. St.-B. 6 6 4 61,00-61,50

Oest. Nordwestb. 4 4½ 5 35,00 etbZG

Oest.-Südb. (Lomb.) 0 0 4 251,00-251,00

Ostpreuß. Süd. 0 0 4 51,10 bz

Reichenb.-Pard. 7½ 10 4 166,25 bz

Rheinische. 7 6½ 5 163,40 bzG

do. Lit.B. (4½ gar) 4 4 4 99,75 bz

Rhein.-Neue-Bahn 0 0 4 17,49 bz

Ruman., Eisenbahn. 3½ 5 31½ 31½ 61,50 G

Schweiz-Westbahn. 6 0 0 4 32,50 bz

Stargard.-Posener. 4½ 4½ 4 102,75 bzG

Thüringer Lit. A. 8½ 9½ 4 212,50 bz

Warschau-Wien. 11½ 14 4 266,50 bz

Weimar-Gera. 4½ 4½ 4 51,80 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.

Berlin-Dresden. 0 0 4 55,00 G

Berlin-Görlitzer. 3½ 3½ 5 97,90 bzG

Breslau-Warschau. 0 5½ 5 57,15 bz

Halle-Sorau-Gub. 3½ 5 96,40 bzG

Kohlfurt-Falken. 0 0 5 52,25 bzG

Märkisch.-Posener. 5 5 5 116,00 bzG

Magdeb.-Halberst. 3½ 3½ 3½ 89,50 B

do. Lit. C. 5 5 5 125,50 bzG

Marienborg.-Mlawo. 5 5 5 101,90 bz

Ostr. Südbahn. 5 5 5 21½ 25,00 bzG

Oels-Gnesen. 0 0 5 49,25 bzG

Posen-Kreuzburg. 2½ 3 5 76,00 bzG

Rechte.-U.-B.. 8 7½ 12 5 163,50

Rummel. 8 8 8 8 8

Seel.-Bahn. 0 0 5 76,75 bzB

Weimar-Gera. 0 0 5 39,25 G

Bank-Papiere.

Allg.Deut.Hand.-G. 4 6 9 91,00 bzG

Berl. Kassen.-Ver. 9½ 10 4 196,00 B

Berl. Handels-Ges. 9½ 10 4 124,75 bz

Brl. Prd.-u.Hilf.-E. 4½ 4 77,00 G

Braunschw. Bank. 4½ 4 97,50 bz

Bresl. Disc.-Bank. 6½ 6 4 102,50 bz

Bresl. Wechsler. 6 6 4 109,90 bz

Coburg.Cred.-Bnk. 5 3 4 91,00 G

Danziger Priv.-B. 5 5 4 116,00 G

Darmst. Creditib. 9½ 10 4 171,60 bzB

Darmst. Zettelb. 6½ 7 4 111,00 G

Dessauer Landesb. 6½ 7 4 123,00 G

Deutsche Bank. 9 10 4 169,50 bz

do. Reichsbank. 5 6 4 150,00 etbZG

do. Hyp.-B.-Berl. 6 5 4 93,00 bzG

Disc.-Comm.-Anth. 10 10 4 222,90 bz

do. ult. 10 10 4 223,50-221,00

Genossensch.-Bnk. 7 7 4 131,50 bzG

Goth. Grundcredb. 5 5 4 100,50 G

do. junge. 5 5 4 97,50 bzG

Hamb. Vereins-B. 7 6 4 123,00 G

Hannov. Bank. 4½ 5 4 107,60 B

Königsb.-Ver.-Bnk. 4 4 4 98,00 G

Lndw.-B. Kwileki. 4½ 4 74,00 G

Leipz. Cred.-Anst. 10 9 4 163,00 bzB

Luxemburg. Bank. 10 8½ 4 142,00 bzB

Magdeburger do. 5½ 5 117,50 bz

McIninger. 10 10 4 105,25 bzB

Nord. Bank. 10 10 4 191,55 bzG

Nord.-Grundr.-B. 0 0 4 57,00 bzG

Oberlausitzer Bk. 4½ 5 98,36 bz

Oest. Cred.-Aktion. 11½ 11½ 4 61,00-61,00

Ungar. Credit. 12½ 12½ 4 94,20 bz</h2